

Die Heimarbeiterin

Organ des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen

Das Blatt erscheint monatlich
Mitglieder erhalten es kostenlos
Redaktionschluss am 15. jedes
Monats

Herausgegeben vom Hauptvorstande
Hauptgeschäftsstelle: Berlin W 30, Nollendorffstraße 15

Berufssprecher B 7 Palas 2858 — Postfachkonto: Frau Elisabeth Schmidt, Berlin 671 52
Sprechstunden: werktäglich von 9 bis 4 Uhr, am Sonnabend von 9—2 Uhr

Zu beziehen nur durch die
Hauptgeschäftsstelle

Preis monatlich 25 Pfennig

Nummer 7

Berlin, Juli 1932

32. Jahrgang

Dein Platz.

Nicht Zufall ist's,
daß du im deutschen Volk geboren.
Gott selbst hat dich an deinen Platz gestellt!
Aus allen Orten in der ganzen Welt
hat Er gerad' den für dich erkoren.
Ein jeder Mensch im weiten Erdkreis
wirkt in der Welt nach Gottes ew'gem Plan,
ein jeglicher in seines Volkes Weise,
du — als ein Deutscher — denke dran!

Gertrud Linde.

(Vortruch des Vereins für das Deutschtum im Auslande.)

Mitarbeit und Mitverantwortung.

Fast am Schluß des vorigen Leitartikels stehen mitten im Satz die beiden Worte Mitarbeit und Mitverantwortung. Wo bewußte Mitarbeit und Mitverantwortung zu spüren ist und dabei ein williges Sicheinordnen und Sicheinfügen, da ist das Führen eine Freude. Das etwa war der Gedanke der Ausführungen über Disziplin und im besonderen über gewerkschaftliche Disziplin. Worin besteht Mitarbeit und Mitverantwortung in einer Gewerkschaft? Wie, in welcher Weise können einzelne Mitglieder oder einzelne Gruppen mitarbeiten und mit der Leitung des Verbandes zusammen die Verantwortung für das, was in der Gewerkschaft geschieht, übernehmen?

Wer in der letzten Zeit sich nicht hat die Mühe verdriehen lassen, Zeitungen aus allen möglichen Lagern zu lesen oder Versammlungen der verschiedensten Richtungen zu besuchen oder mit Andersdenkenden über wirtschaftliche Fragen zu sprechen, der wird vielleicht öfter die Wendung gehört haben: „Das wollen die Arbeiter und Arbeiterinnen gar nicht. Das wollen nichts anderes bezwecken, als einen Keil in die Gewerkschaften zu treiben und sie zu zerstören. Wir sind gewiß, daß dieses Bemühen vergeblich sein wird. Aber wie konnte solche Hoffnung überhaupt aufkommen? Haben wirklich alle Mitglieder täglich in ihrem Kreise bewußt mitgearbeitet? Oder haben nicht doch vielleicht einige es an dieser bewußten Mitarbeit fehlen lassen und durch ihre Worte und durch ihr Verhalten in dem Kampf um ihr eigenes Dasein manchmal den Aufsehn erweckt, als träten sie nicht für das ein, was sie selbst durch ihre Gewerkschaft durchzuführen versuchen? In einer unserer letzten Versammlungen, als von der Berliner Damentafel die Rede war, hielt ein Mitglied folgende kurze Rede: „Ich möchte hier doch einmal sagen, daß wir viel mehr wieder auf Preise halten müssen. Immer gleich die Angst, die Arbeit zu verlieren! Wer seine Arbeit verliert, kann auch heute noch seinen richtigen Lohn verlangen. Und dann habe ich gehört, die Zwischenmeister müssen auch Fertigungsgeld zahlen. Was soll denn das heißen, daß so viele sich das Fertigungsgeld nicht geben lassen! Wenn das auch nur wenige Pfennige sind, sie stehen einem zu, und man nimmt sie.“ Sprach's und setzte sich. Bei der weiteren Erörterung stellte sich heraus, daß sie selbst den tarifmäßigen Lohn erhält und die Rechte aus dem Tarifvertrag

wahrnimmt. Sie ist von der Arbeitslosigkeit nicht mehr, vielleicht sogar etwas weniger getroffen als andere Heimarbeiterinnen aus der Branche. Wort und Tat, Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft und Verhalten im eigenen Daseinstampf stimmten überein. Das ist bewußte Mitarbeit. Oder ein anderes Beispiel. In einer Sachverständigenprüfung — sie war in den ersten Junitagen dieses Jahres — wurde ein Heimarbeiter vernommen und gefragt, wie die hohen Verdienste in seinem Lohnbuch sich erklärten, da doch nachweislich die beklagte Firma viel zu niedrige Löhne gezahlt hat, ob er vielleicht fremde Hilfskräfte dabei beschäftigt hätte. Die Antwort war: nein, er hätte alles allein gemacht, aber er hätte von morgens 6 Uhr bis nachts 12 Uhr gearbeitet. Ist denn das nicht unglaublich! Im Oktober 1931, in dieser Zeit war die Arbeit gemacht, gab's wohl keinen Arbeitslosen in Deutschland? Arbeit war für zwei Menschen reichlich da, und einer hat sie gemacht! Die Versuchung, Arbeit an sich zu rasen, soviel nur irgend geht, ist für viele sehr groß. Die Aussicht auf Beschäftigung ist heute viel unsicherer und ungewisser als in früheren Jahren. Das wird auch von den Gewerkschaften nicht verkannt. Aber von Mitgliedern einer Gewerkschaft kann erwartet werden, daß sie dieser Versuchung nicht unterliegen. Sie müssen wissen, daß sehr oft der augenblickliche Vorteil, den man sich sichern will, wenn man die Dinge nicht so genau nimmt — auf Tariflöhne kluglos verzichtet, Rechte widerstandslos preisgibt, Schwarzarbeit macht usw. —, eine schwere Schädigung aller übrigen ist und Folgen hat, die sich am eigenen Stande, ja, am eigenen Leibe fürchtbar rächen. Wie oft haben wir als Kinder einen Stein ins Wasser geworfen und beobachtet, wie die Kreise, die von der Einfallstelle ausgingen, immer weiter und weiter wurden, wie sie sich mit Kreisen schnitten, die von anderen Einfallstellen kamen, und wie sich manchmal ganz kleine Wellentäler und ganz hohe Wellenberge dadurch bildeten. Jedes Wort, das wir sprechen, jede Tat, die wir tun, ist doch ein Stein, der ins Wasser geworfen wird. Vielleicht ist Gott uns Menschen gnädig gewesen, daß er unseren Augen oft verborgen hält, welche Wirkungen von unserem Verhalten ausgehen. Daß aber Wirkungen ausgehen, über die wir nachher nicht mehr Herr sind, wissen wir. Wir müssen wenigstens dafür sorgen, daß wir mit dem Verhalten im eigenen, engen Lebenskreis nicht das wieder zunichte machen, wofür wir an anderer Stelle warm eintreten, wofür wir Beiträge zahlen und uns Ansetzungen gefallen lassen. Im Gewerkverein der Heimarbeiterinnen bemühen wir uns immer wieder, die Zusammenhänge erkennen zu lernen und unser Tun in die erkannten Zusammenhänge hinaufstellen. Das ist eine Form, in der Mitglieder bewußt mitarbeiten können und müssen und bewußt die Verantwortung mittragen können.

Viele fürchten, daß die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer stark eingeschränkt werden, vielleicht sogar aufgehoben wird. In diesem Zusammenhang soll nicht unterucht werden, ob zu dieser Sorge Veranlassung vorliegt oder nicht. Ein Gutes läge selbst in solchem Angriff. Wie mancher muß erst wieder lernen, daß die Koalitionsfreiheit, das Recht auf freien Zusammenschluß ein Gut ist, für das sich's lohnt, zu arbeiten und zu kämpfen. Noch immer sind viele draußen, auch Heimarbeiterinnen noch immer übergenug, die von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht haben. Auch dieses Recht läßt sich nicht halten, wenn an seiner Erhaltung nicht

gearbeitet wird. Oder weniger umständlich ausgedrückt: Werben, werben und noch einmal werben, ist die Lösung. Wie oft ist das gesagt, wie oft ist das geschrieben, wie oft sind Vorschläge gemacht, wie geworden werden soll, und zu ihrer Ehre sei's hier gesagt, ein gut Teil unserer Mitglieder hat den Ruf gehört, hat geworden, treu, fleißig, unermüdet und wirbt weiter. Arbeit ist kein Kinderpiel. Denken doch noch immer einige, Werbearbeit sei eine Kleinigkeit, so nebenher ein Wort, so nebenher ein Besuch, das wäre schon Werbearbeit. Sie sind dann entmutigt oder erkaunt, wenn der Erfolg ausbleibt. Nein, der Nachdruck liegt auf dem Wort Arbeit. „Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt“, sagt ein altes griechisches Sprichwort. Auch der Werbearbeit ist kein Erfolg beschert, wenn man die Schweißtropfen scheut. Wir wollen doch nicht immer die Verantwortung für das, was kommt, von uns abschleiben. Verantwortlich für das Wachstum unserer Bewegung sind wir Mitglieder, nicht andere. Die beste Abwehr aller Angriffe, mögen sie kommen, woher sie wollen, mögen sie sich gegen die Gewerkschaften überhaupt, oder gegen den Gewerkverein im besonderen richten, ist erhöhte Werbearbeit. Vielleicht dürfen wir dann auch einmal das Wort anwenden, das von Josephs Brüdern gesagt wird: „Ihr gedachtet es böse zu machen“... Werbearbeit ist augenblicklich die nötigste, vordringlichste Mitarbeit.

Der Gewerkverein ruft seine Mitglieder regelmäßig zu Versammlungen zusammen. Unsere Versammlungen sind keine Tee- oder Unterhaltungsabende, wie gewisse Leute, die ein Interesse daran haben, dem Gewerkverein der Heimarbeiterrinnen etwas am Zeuge zu stücken, und die nichts Vernünftiges finden, verbreiten. Eine Viertelstunde Pause, in der man die Arbeit unterbricht, gibt den geradezu lächerlichen Vorwand dazu. Unsere Versammlungen sind auch keine Vortragsabende, obwohl wir gelegentlich einen allgemeinen bildenden Vortrag dazwischenschieben über Versicherungsfragen, über fremde Länder, auch über Ernährungsfragen — dazu werden wir als Frauen ja wohl noch ein Recht haben, und das machen wir, wie wir das für richtig halten. Unsere Versammlungen sind vielmehr Arbeitsabende. In ihnen besprechen wir die Arbeit des Gewerkvereins, in ihnen suchen wir die Wege, wie wir unseren Zielen näherkommen, in ihnen werden Vorschläge gemacht und nachgeprüft, Erhebungen vorbereitet. Im Rahmen dieses Artikels können aus der Fülle nur einige Arbeiten genannt sein. Da können auch sehr wohl Versammlungen kommen, zu deren Arbeit Gäste nicht zugelassen werden können. Hier ist nun wieder eine andere Art, in der bewußt Mitarbeit geleistet und übernommen werden kann. Daß die Versammlungen von den Mitgliedern regelmäßig besucht werden, daß sie voll sind, ist zur Arbeit unerlässlich. Ohne daß je ein Wort dazu gesagt ist, oder gar eine Aufforderung dazu ergangen ist, hat sich's in einer unserer Gruppen eingebürgert, daß sich die Mitglieder entschuldigen, wenn sie nicht zur Versammlung kommen können. Einen besseren äußerlich erkennbaren Beweis für ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit und Verantwortung konnten diese Mitglieder wohl kaum bringen. Dasein zur Arbeit ist das erste, aber nicht das einzige. Wir Frauen haben fast alle eine große Scheu davor, in einer Versammlung zu sprechen. Das soll nicht verkannt werden. Selbst Vorträge, die lange arbeiten, müssen noch vor jeder Versammlung in sich den Widerwillen dagegen, vor vielen anderen zu sprechen, niederkämpfen. Wir sind aber alle Frauen, das erleichtert doch die Sache sehr, denn wir sind alle in gleicher Befangenheit. Aber wir sind doch alle auch erwachsene Menschen, die zusammen arbeiten wollen. Wir wollen gar keine ausgeklügelter Reden hören. In einem Satz, in einer kurzen Mitteilung, in einer richtigen Antwort kann zehnmal mehr wertvolle Mitarbeit liegen, als in wunderbaren Satzgefügen. Der Sache der Heimarbeiterrinnen ist mehr gebietet mit sachlicher, erster Arbeit, als mit schönen Reden.

Bewußte Mitarbeit kann auch in Kritik bestehen. Kritik, sachlich begründet und freiwillig ausgesprochen, ist immer willkommen. Wir alle sind Menschen, irren oft und machen viele Fehler. Gerade die, die am besten sich bemühen, gerecht zu sein, richtig zu handeln, lange zu überlegen, vorsichtig zu gehen, wissen selbst am besten, wie oft sie fehlen. Sie werden nie einem Menschen zürnen, der sie auf einen Fehler aufmerksam macht, sofern sie nur spüren, die andere will wirklich mitarbeiten. Kritik allein aber bleibt unfruchtbar. Wer bewußt mitarbeitet und sich zur Kritik veranlaßt sieht, wird zugleich die Verantwortung fühlen, die daraus erwächst. Sie heißt, die richtigen Wege nun auch selber mit-

suchen, die rechten Mittel nun aber auch selber mitnennen, neue Vorschläge machen, neue Anregungen geben. Solche Aufgaben dem Hauptvorstand oder der Verbandsleitung zu überlassen und zu denken, sie werden die Wege schon finden, auf denen wir wieder in der Arbeitslosenversicherung bleiben können, sie werden schon aufpassen, daß die Heimarbeiterrinnen in den Notverordnungen nicht noch besondere Lasten bekommen, sie werden schon selbst Maßnahmen finden, um Härten und Ungerechtigkeiten, wie vor einiger Zeit bei der Invalidenversicherung, wieder aus der Welt zu schaffen, ist sehr bequem, gelinde gesagt. Darauf kann eine Gewerkschaft nicht aufbauen. Sie baut auf auf gemeinsamer Arbeit zwischen Leitung und Geleiteten, zwischen Vorständen und Mitgliedern.

Die bewußt mitarbeitenden Mitglieder sind der Stolz einer Gewerkschaft. Der Gewerkverein der Heimarbeiterrinnen ist stolz auf eine ganze Reihe solcher Mitglieder. Sie scheuen nicht Arger und Verdrüß, den es überall mal gibt. Sie fürchten sich nicht vor Anfeindungen und bringen große persönliche Opfer. Sie tragen aber auch einen besonderen Gewinn davon. Das eigne, kleine Leben gewinnt einen vorher nicht gekannten Sinn und Bedeutung und das eigne, leise fast ausnahmslos sehr schwere Schicksal wird überwunden. Die nie mitgearbeitet haben, werden vielleicht das Letzte nicht ganz verstehen. Wir möchten im Gewerkverein dahin kommen, daß wir sagen können: Der Gewerkverein ist stolz auf jedes Mitglied, denn in unseren Reihen ist kein, das nicht bewußt mitarbeitet und die Verantwortung, die auf ihm für die deutschen Heimarbeiterrinnen lastet, mitträgt.
 Elisabeth Thiele.

Die neue Notverordnung.

„Wenn je eine Verordnung mit Recht ihren Namen getragen hat, so diese,“ heißt es in der Januarnummer unserer „Heimarbeiterrin“ von der vierten Notverordnung, und mit wachsender Sorge haben wir die zunehmende Verelendung unseres Volkes im letzten halben Jahre. Jetzt hat die neue Regierung weitere Notverordnungen herausgebracht, die die Not noch wesentlich steigern werden. Wir zweifeln nicht daran, daß bittere Not sie zu solchen Verordnungen getrieben hat. Die Mehrzahl aller Gemeinden drohte unter den Lasten der Ausgaben für die Wohlfahrtsvereine zusammenzubrechen. Darum bleibt die Verordnung doch für den schwächsten Teil des Volkes, für die Arbeitslosen und Sozialrentner, untragbar.

Auf die für die Heimarbeiterrinnen wichtigsten Bestimmungen wollen wir eingehen. In der Arbeitslosenunterstützung sollen die Sätze um durchschnittlich 23 Prozent (in den unteren Lohnklassen ist der Prozentsatz wesentlich geringer, in den höheren Lohnklassen allerdings um so größer) gesenkt und die Hilfsbedürftigkeitsprüfung durch die Gemeinden nach sechs Wochen eingeführt werden*).

Die schwarzen Zahlen stehen so geduldig auf dem weißen Papier und sind so schwer zu schreiben, denn sie bergen so namenloses Elend in sich. Wie soll ein Arbeitsloser, der schon vorher wenig verdient hat, und fast alle unsere Mitglieder werden in diese Lohnklasse gehören, mit 4,50 M. oder in den Großstädten mit 5,10 M. leben?

Wie soll ein Familienvater — und das klingt noch viel schrecklicher — mit sechs oder mehr Angehörigen, die er unterstützt, mit 5,70 M. oder 6,00 M. existieren? In der Krisenunterstützung wird die Hilfsbedürftigkeitsprüfung (statt der Prüfung der Bedürftigkeit) eingeführt und die Unterstützungsleistungen um durchschnittlich 10 Prozent, in der Wohlfahrtsunterstützung die Sätze durchschnittlich um 15 Prozent gesenkt.

Alle diese Kürzungen reichen aber noch nicht aus, um die Mittel für diese minimalen Unterstützungen sicherzustellen, es ist daher eine Abgabe zur Arbeitslosenhilfe — die Regierung hat das Wort Steuer sorgfältig vermieden — eingeführt. Jeder, der Arbeitslohn oder Gehalt bezieht, bezahlt, wenn die Einnahme daraus monatlich 125 M. nicht übersteigt, 1,5 Prozent, bis 300 M. 2,5 Prozent, bis 700 M. für die ersten 300 M. 2,5 Prozent und für die weiteren Beträge 5,75 Prozent, bis 3000 M. 5,75 Prozent und darüber hinaus 6,5 Prozent. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reichs, der Länder und Gemeinden bezahlen 1,5 Prozent. Ausgenommen von dieser Abgabe sind nur die Lehrlinge und diejenigen, die kein höheres wöchentliches

*) Die Höhe folgen auf der nächsten Seite.

Entgelt als 10 M. verdienen. Als Lohn- und Gehalts-empfangner rechnen in diesem Sinne auch alle Personen, die Warte- oder Ruhegelder beziehen. Die Krisenlohnsteuer dagegen fällt ab 1. Juli fort. Die Abgabe soll vom 1. Juli 1932 bis zum 31. März 1933 erhoben werden. Hoffen wir, daß die Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden bis dahin soweit gesundet sind, daß die Notmaßnahme nicht verlängert zu werden braucht. Auch sie wird viele mit sehr knappen Einkommen hart treffen, aber ich bin gewiß, daß jeder, der noch verdient oder eine Pension bezieht, sie gern länger tragen wird, wenn er damit nur irgendwie die Not der Arbeitslosen und Rentner erleichtern hilft.

Bei der Umsatzsteuer fällt ab 1. Juli die Freigrenze, die bis jetzt 5000 M. betrug, aber überhaupt erst vor einem Jahr eingeführt wurde, fort.

Auch die Salzsteuer von 12 Pfennig auf ein Kilo ist zu ertragen. Die meisten Menschen salzen viel zu stark, wir wollen durch schwaches Salzen die erhöhte Ausgabe wieder einsparen, das ist außerdem viel gesünder.

Ebenso unerträglich wie die Kürzung der Unterstützungssätze der Arbeitslosen ist aber auch die Kürzung der Renten. In der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftlichen Rentenversicherung sind die alten Renten um 6 M. bei den Invaliden, um 5 M. bei den Witwen und um 4 M. bei den Waisen pro Monat gekürzt; bei den neuen Renten ist der Grundbetrag um 7 M. und der Kinderzuschuß um 2,50 M. monatlich herabgesetzt. Der Anteil der Witwen- und Waisenrente an der Hauptrente ist von $\frac{9}{10}$ auf $\frac{8}{10}$ bzw. von $\frac{9}{10}$ auf $\frac{7}{10}$ vermindert, auch die Unfallrenten sind um 15 Prozent, soweit sie aus den Jahren 1927—1932 stammen, sonst um $\frac{7}{10}$ Prozent gekürzt.

Soweit der Inhalt der Notverordnung; was sie über Strafrechtspflege bringt, darüber kann ein anderes Mal berichtet werden, für heute nur, daß die Grenze, bei der Lohn und Gehalt gepfändet werden können, von 195 M. auf 165 M. herabgesetzt ist. Unter dem Titel „Ermächtigung“ sieht allerhand zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Förderung der Arbeitsbeschaffung, aber es ist eben nur eine Ermächtigung, keine Vorschrift, nach der nun wirklich zu handeln ist. Wir wollen hoffen, daß bald aus dieser Ermächtigung eine Tat wird, die fühlbare Hilfe bringt.

Kurze sachlicheätze sind es und doch mit schwerem Herzen geschrieben. Vielleicht hat aber auch diese Not ihr Gutes, vielleicht hilft sie, die Schwachen und Matten aufzurütteln. Unentbar wäre eine solche Verordnung, wenn nicht Tausende, Zehntausende, Hunderttausende, die jetzt so schwer getroffen sind, dem Kampf um den Aufstieg ihres Standes tatelos zusehen hätten. Sie sparten Mühe und Arbeit, sie sparten den Verbandsbeitrag; wir wollen nicht sagen, „es geschieht ihnen recht“, das wäre jetzt vielleicht zu hart, aber es trifft sie sicher nicht unverschuldet. Jetzt müssen wir sie aufrufen, es ist nicht Zeit zum Jammern und Klagen, nicht Zeit zum Mitleid, jetzt ist es Zeit, zu handeln und zu kämpfen. Kein Kampf gegen Personen, aber ein zäher, unerbittlicher Kampf gegen das, was untragbar ist. Die härtesten Bestimmungen dieser Notverordnung müssen geändert werden, und das wird um so eher geschehen, je fester wir uns zusammenschließen, je energischer wir am Ausbau unserer Organisation arbeiten, je zielbewusster wir unsere Sache vertreten. Jetzt müssen auch Heimarbeiterrinnen Kämpfer werden.

Margarete Wolff.

Die Unterstützung beträgt ab 27. Juni wöchentlich:

in der Lohnklasse	in Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A							in den Ortsklassen B bis E															
								mit mehr als 10 000 Einwohnern							mit 10 000 Einwohnern u. weniger								
	ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6 oder mehr	ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6 oder mehr	ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4	mit 5	mit 6 oder mehr		
I	5,10	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	5,10	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	6,00	4,50	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70	5,70	
II	6,00	7,50	9,00	10,50	10,50	10,50	10,50	6,00	7,50	9,00	10,50	10,50	10,50	10,50	4,50	5,70	6,90	8,10	8,10	8,10	8,10	8,10	
III	7,20	9,00	10,80	12,60	12,60	12,60	12,60	6,00	7,50	9,00	10,50	10,50	10,50	10,50	5,10	6,60	8,10	9,60	9,60	9,60	9,60	9,60	
IV	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	17,40	17,40	7,20	9,00	10,80	12,60	14,40	14,40	14,40	6,00	7,50	9,00	10,50	12,00	12,00	12,00	12,00	
V																							15,60
VI	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	17,40	19,20	7,20	9,00	10,80	12,60	14,40	16,20	18,00	18,00	18,00
VII																							
VIII	11,70	14,40	17,10	19,80	22,50	25,20	27,90	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	17,40	19,20	19,20	19,20
IX																							
X	11,70	14,40	17,10	19,80	22,50	25,20	27,90	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50	21,90	24,30	8,40	10,20	12,00	13,80	15,60	17,40	19,20	19,20	19,20
XI																							

Soziale Rundschau.

Verlängerung der Arbeitslosenversicherung der Heimarbeiterrinnen. Der unermüdbaren Arbeit des Gewerkschaftsvereins der Heimarbeiterrinnen ist es gelungen, die Verlängerung der Arbeitslosenversicherung der Heimarbeiterrinnen für ein weiteres Vierteljahr, also bis zum 30. September dieses Jahres, zu erreichen. Wenn dies im Augenblick den meisten auch nicht als ein großes Glück erscheinen mag, so bedeutet es doch die Gleichberechtigung der Heimarbeiterrinnen mit den übrigen Arbeitnehmern, was für künftige Zeiten von größter Wichtigkeit ist.

Lohnsteuerfreie Beträge. Lohn- und Gehaltsempfänger können sich die lohnsteuerfrei zu lassenden Beträge, die normal 1200 M. im Jahre ausmachen, durch das Finanzamt erhöhen lassen, wenn sie nachweisen, daß Werbungskosten und Sonderleistungen den Betrag von 40 M. monatlich übersteigen oder daß ihre steuerliche Leistungsfähigkeit durch besondere wirtschaftliche Verhältnisse (z. B. Unterhalt mittelloser Angehöriger, Krankheit) wesentlich beeinträchtigt ist (§ 75 EinkStG.). Gegen Ablehnung solcher Anträge gab es bisher nur die Beschwerde an die vorgelegte Verwaltungsbehörde (Landesfinanzamt). Jetzt hat aber der Reichsfinanzhof entschieden, daß für Anträge, die das Jahr 1931 und folgende betreffen, das ordentliche Rechtsmittelverfahren (Einspruch, Berufung an das Finanzgericht, bei mehr als 200 M. Streitwert auch Rechtsbeschwerde an den Reichsfinanzhof) gegeben ist (Urteil VI A

1443/31 vom 11. November 1931). Das bedeutet im Hinblick auf die von 1931 ab aufgehobene allgemeine Erstattungsmöglichkeit der Lohnsteuer nach Ablauf des Jahres (§ 93 EinkStG.) eine begrüßenswerte Verstärkung des Rechtsschutzes. Sehr bedeutsam ist in dem Urteil noch die Bemerkung, daß der Steuerpflichtige bei günstigem Ausgang des Rechtsmittelverfahrens Erstattung der etwa zu viel entrichteten Lohnsteuer verlangen kann. Bisher ging man davon aus, daß die Erhöhung des lohnsteuerfreien Betrages immer erst nach entsprechendem Vermerk auf der Steuerkarte, also bloß für die Zukunft, wirke. Nunmehr ist die Lage so: Beispiel: Stellte am 15. Dezember 1931 der Pflichtige einen Antrag auf Erhöhung für 1932, dem aber erst auf Berufung durch das Finanzgericht am 30. Mai 1932 stattgegeben wird, und vermerkt dies das Finanzamt erst am 30. Juni 1932 auf der Steuerkarte, so darf zwar, wie bisher, der Arbeitgeber die bewilligten höheren Beträge bei der Lohnsteuerentziehung erst berücksichtigen, wenn ihm die abgeänderte Steuerkarte vorgelegt ist, also frühestens bei der Lohnzahlung am 30. Juni 1932. Dagegen kann der Arbeitnehmer nunmehr beim Finanzamt den Unterschied zwischen den Steuerbeträgen, die der Arbeitgeber vom 1. Januar bis 30. Juni 1932 tatsächlich einbehalten hat, und den geringeren Beträgen, die einzubehalten gewesen wären, wenn die erst am 30. Mai 1932 bewilligte Erhöhung schon bei allen Lohnzahlungen vom 1. Januar bis 30. Juni 1932 berücksichtigt worden wäre, als nach § 151 Reichsabgabenordnung zu Unrecht gezahlte Steuer erstattet verlangen. Das ist be-

sonders für alle nicht zu veranlagenden Lohnsteuerpflichtigen eine wichtige Besserstellung.

Das Mietbeihilfesystem im Juli. Durch die preussische Verordnung vom 9. Juli dieses Jahres sind die Vorschriften über die Stundung und Niederschlagung der Hauszinssteuer für hilfbedürftige Mieter aufgehoben, und statt dessen ist das Mietbeihilfesystem eingeführt worden. Die Neuordnung tritt ab 1. Juli dieses Jahres in Kraft. Es wird technisch unmöglich sein, die durch diese Gesetzesänderung bedingte Umstellung der Arbeiten auf die Fürsorgebehörde bis zum 1. Juli dieses Jahres durchzuführen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Finanzminister daher genehmigt, daß den Hauseigentümern, denen bisher Stundung hilfbedürftiger Mieter gewährt wurde, für den Monat Juli Mißschweigend noch ein entsprechender Betrag zinslos bis zur erstinstanzlichen Entscheidung durch die Fürsorgebehörde gestundet wird.

Bodenreform^{*)}.

Als vor drei Jahren der Vorsitzende des Bundes Deutscher Bodenreformer, Dr. Damaskle, in Blauen wollte, trug er sich ins Goldene Buch der Stadt ein mit folgenden Worten: „Der deutsche Zukunft will, auch Bodenreform wollen. Das heißt: die organische Verbindung unseres Volkes mit seinem Vaterlande.“ Diese „organische Verbindung“, die Damaskle hiermit als Ziel der Bodenreform bezeichnet, denke man sich zunächst ganz handgreiflich, durch den Spaten vermittelt: Wer die eigene Scholle gräbt und bebaut, steht dadurch in organischer Verbindung mit dem Boden des Vaterlandes. Diese organische Verbindung ist durch die moderne wirtschaftliche Entwicklung zum großen Teil unterbrochen worden. Besonders unsere Stadtbevölkerung ist vom Boden des Vaterlandes gelöst, entwurzelt. Es ist leider richtig, was einst als Parteiäußerung durch unsere Zeitungen ging: Ein großer Teil unseres Volkes hat kein Vaterland. Die Bodenreform will nun das, was viele verloren haben, ihnen nach und nach zurückgewinnen helfen, zum Segen des einzelnen wie des ganzen Volkes.

Will man sich nun einen Ueberblick über die Aufgaben der Bodenreform verschaffen, so muß man sich zwei Fragen stellen:

1. Welche Schäden haben sich durch das getrennte Bodenrecht und die herrschende Wirtschaftform herausgestellt?
 2. Mit welchen Mitteln sind diese Schäden zu heilen?
- Beide Fragen sind getrennt für Stadt und Land zu behandeln. Da es sich hier hauptsächlich um städtische Verhältnisse handelt, beschränken wir die folgenden Ausführungen auf städtische Verhältnisse.

Für die preussischen Großstädte ist viel Unheil ausgegangen von einer Verordnung des Jahres 1843, die die letzten Verschuldungsbeschränkungen des Bodens beseitigte. Dadurch konnte sich das Kapital des Hypothekenmarktes ungehemmt bemächtigen. Bald entstand die ungeheuerlichste Boden speculation. Da nun der Boden desto wertvoller wird, je mehr Gewinn daraus zu schlagen ist, da aber aus Stadtboden am meisten Gewinn zu schlagen ist beim Bau vielstöckiger Häuser, so lag dem Bodenkapital daran, große Mietkasernen bauen zu lassen. Der große polizeiliche Bebauungsplan des Jahres 1862 für Berlin hat sich als einer der verhängnisvollsten und verurteilungswürdigsten Mißgriffe erwiesen, die je gemacht worden sind. Auf Grund dieses Bebauungsplanes wohnen heute bei weitem die meisten der vier Millionen Berliner in Mietkasernen zusammengepfercht, durchschnittlich 70 in einem Berliner Wohnhaus, während in London nur durchschnittlich acht Bewohner auf ein Wohnhaus kommen, in Wexfel neun. Die wirtschaftlichen Verhältnisse wären überdies zu sehr hohen Mietpreisen; daher mußten sich die Armeren Deutschlands mit sehr kleinen Wohnungen begnügen. Das „Statistische Jahrbuch der deutschen Städte“ hat nach der amtlichen Zählung von 1905 eine Zusammenstellung von „überfülltesten Wohnungen“ gebracht. Als überfüllt werden Wohnungen betrachtet, bei denen auf ein einziges heizbares Zimmer wenigstens sechs, auf zwei heizbare Zimmer wenigstens elf dort wohnende Personen verschiedenen Alters und Geschlechts kommen. Keine Verechtheit kann schildern, was es heißt: 6 bis 13 Menschen „wohnen“ in einem heizbaren Zimmer, 11 bis 22 „wohnen“ in zwei heizbaren Zimmern. Niemals

allein sein, niemals eine Trennung nach Alter und Geschlecht weder bei Tag noch bei Nacht, häufig für zwei, ja, für drei oder vier Personen nur ein Bett. Nun denke man sich eine oder mehrere Personen in einer solchen Wohnung lungenkrank, geschlechtskrank, man denke sich einen Trinker hinein! Solche Wohnungsüberfüllung gab es nicht etwa vereinzelt. In Berlin gab es fast 25 000 solche Wohnungen, in Chemnitz fast 7500 und auch in Blauen über 3000. In Blauen hausten damals über 30 000 Menschen, gegen ein Drittel der gesamten Bevölkerung, in solchen menschenunwürdigen Löchern, und das in einer Zeit glänzenden wirtschaftlichen Aufschwungs.

Gegen solche Mißstände hat die Bodenreform seit Jahrzehnten erfolgreich gekämpft. Zunächst galt es, die ungesunde Steigerung des Bodenpreises durch die Bodenspekulation einzuschränken und den nicht durch eigene Arbeit verdienten Wertzuwachs in möglichst hohem Umfang der Gesamtheit zu erhalten. Als der Leitkanal südlich von Berlin vom preussischen Staat für 40 Millionen Mark gebaut wurde, stieg der Preis der Grundstücke auf seinen beiden Ufern in wenigen Jahren um 400 Millionen Mark. Den Hauptgewinn von dem neuen Kanal hatte also nicht die Gesamtheit, der Staat, auch nicht die Unternehmer und Arbeiter der dort aufkommenden Industrie, sondern die Grundbesitzer, sowohl die Altbesitzer, also die ursprünglich dort wohnenden Bauern, wie auch die Neubesitzer und Spekulanten, die sich rechtzeitig Grundstücke noch billig zu sichern verstanden. Bei einem neuen Kanalbau, dem Bau des Mittellandkanals vom Rhein bis Hannover 1905 kaufte die preussische Regierung auf Veranlassung des Bundes deutscher Bodenreformer außer dem zum Kanal selbst erforderlichen Land gleich rechts und links einen Streifen von 1000 Meter Breite dazu. Der ganze Wertzuwachs auf beiden Kanalufeln floß daher hier nicht in die Taschen von Privatleuten, sondern kam dem Staat, der Gesamtheit zugute; überdies ließ der Staat die Bodenpreise gar nicht so hoch steigen, wie es die private Bodenspekulation getan hätte; so konnte die auch hier aufkommende Industrie wesentlich billiger und konkurrenzfähiger arbeiten. Ähnlichen Erfahrungen heraus wurde dann im 1910 in Reich, Ländern und Städten die Wertzuwachssteuer eingeführt. Als z. B. in Blauen durch den Bau der Friedrich-August-Brücke der ganze Dittrichplatz-Stadtteil dem unmittelbaren Verkehr mit dem Bahnhofsviertel erschlossen wurde und alle dort gelegenen Grundstücke um ein Mehrfaches im Werte stiegen, wurden allen Besitzern solcher Grundstücke Bauabgaben auferlegt und dadurch die Brückenaufkosten im wesentlichen gedeckt. Das beste Mittel, die Bodenpreise in Städten für Wohn- und Werkstätten in erträglicher Höhe zu halten, ist bisher, daß die Stadt selbst möglichst viel Grund und Boden besitzt. 1920 konnte Oberbürgermeister Lehmann dem Bodenreformführer Damaskle stolz erklären, daß die Stadt Blauen im Besitz eines Drittels des gesamten Bodens der Stadt sei. Auf die große Bedeutung eines solchen Grundbesitzes für alle Wohlfahrts Einrichtungen: Schrebergärten, Spielplätze, Krankenhäuser, Heilstätten, sei nur nebenbei hingewiesen. Vor allem kann die Stadt auf solchem Grundbesitz eine gesunde Wohnungs- und Siedlungspolitik begründen. Verkauft sie dabei Grundstücke an Bau- und Siedlungslustige, so muß sie darauf achten, daß sie die Grundstücke dadurch nicht erneut der Spekulation ausliefert. Ein wirksamer Schutz dagegen ist das „Wiederkaufrecht“ (geschaffen von dem bodenreformertischen Oberbürgermeister Wagner-Ilm); der Kaufvertrag enthält die Bestimmung, daß bei Verkauf solcher Grundstücke die Stadt das Vorkaufsrecht zum ursprünglichen Preise hat. Ähnliche Bestimmungen gelten, soweit es sich nicht nur um Pacht oder Erbpacht handelt, für alle modernen städtischen Siedlungen, z. B. für die Siedlung Blauen-Meindorf wie für die Krieger-Siedlung Neuf. Die Beschaffung billigen Baugrundes genügt aber für die meisten Menschen noch nicht, um nun auch ein Haus bauen zu können. Auch zur Aufbringung der Baukosten müssen Staat und Stadt helfen. Das geschah bisher durch fast ausreife Darlehen aus der Mietzinssteuer und durch verhältnismäßig gering verzinsten Darlehen aus öffentlichen Sparkassen. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bausumme war aus eigenen Mitteln aufzubringen, wozu wiederum Baupfandbriefe halfen; — über Baupfandbriefe, die jetzt reichsgesetzlich kontrolliert werden, muß man sich vor Abschluß eines Baupfandbriefes erst sehr sorgfältig erkundigen! — Zur großen Heimstätten Tagung in Augsburg 1931 erklärte der Referent der bayerischen Landesleitung, Regierungsrat Amberger: „Schon mit 800 (achthundert) M. Eigen-

*) Vortrag von Dr. Salbauer in unserer Ortsgruppe Blauen gehalten.

Kapital läßt sich hier ein Eigenheim erwerben. Dabei beträgt das Landesdarlehen 5000 M., 2200 M. das Bankgeld; denn die bairischen Hypothekendarlehen stellen sich bereitwillig in den Dienst der Sache. Dabei ist der Kapitalzins (einschließlich 6 Prozent Verzinsung des Eigenkapitals) erträglich, 30 bis 35 M. monatlich. — Die 30 bis 35 M. wären die der Miete entsprechende Summe. Ganz neuerdings wird auch für die Kernfamilien, für die Erwerbslosen, gesorgt, die über gar kein Eigenkapital verfügen, durch die sogenannte städtische Handhabung. Leider ist das von der Reichsregierung groß gedachte Werk (100 000 Kleinwohnungen!) durch den Widerstand von Kapitalinteressentenkreisen sehr eingeschränkt worden auf etwa 18 000. Auf Plauen kommen gerade 100; aus etwa 700 Bewerbern mußte diese Zahl ausgewählt werden. Man muß solche Kleinwohner beobachten, mit ihnen gesprochen haben, um zu ermesfen, welche ein Glück es für tatkräftige Menschen bedeutet, nur einmal aus der Arbeitslosigkeit heraus zu sein, ein Ziel vor Augen zu haben, für sich und seine Lieben arbeiten zu können. Welche ein Segen für den einzelnen, welche ein Segen auch für die Gesamtheit! Ueber die Bedeutung des Siedelns sind sich denn auch verantwortungsbewußte Männer aller Parteien einig. Der frühere Staatspräsident von Anhalt, der Sozialdemokrat Peus, war einer der bedeutendsten Förderer des Siedlungswezens. Stroschmann hat einmal (dem Sinne nach) gesagt: „Deutschland muß Siedeln oder zugrunde gehen.“ Der Nationalsozialist Straßer erklärte kürzlich in einer Reichstagsitzung: „Wir werden Arbeit schaffen durch die Schaffung von Eigenheimstätten. An dem Tage, an dem wir die Regierung übernehmen, wird der erste Spatenstich dazu gemacht.“ Nur durch diese „Spatenrevolution“ werden sichere Dämme gegen die bolschewistische Flut gebaut.

Aus unserer Bewegung.

Sauverband Berlin. Als im Herbst 1931 freiwilliger Arbeitsdienst propagiert wurde, suchten wir sogleich, diese Einrichtung für unsere arbeitslosen Mitglieder nutzbar zu machen. Ueber die Berliner Winterhilfe wurde der Weg dafür gefunden. Die Bezirksämter hatten Kleider gesammelt — wie aller Orten —, um sie aufzuarbeiten und zu verschenken. Gaben waren ihnen in Fülle zugeflossen. Es war vorauszusehen, daß sie Hilfe brauchen würden zur Bewältigung der Instandsetzungen. Der Gewerksverein bewarb sich um Beschäftigung bei der Winterhilfe, die Wirtschaftshilfe des Gewerksvereins meldete sich als Träger der Arbeit, der Gewerksverein als Träger des Dienstes beim Landesarbeitsamt. Die Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst wurde für 20 Mitglieder auf die Dauer von 20 Wochen bewilligt. Anfang Dezember wurde die Instandsetzungsstube mit 20 arbeitslosen Mitgliedern eingerichtet, mit Heimarbeiterinnen aus den verschiedensten Berufen. Ein im Zusammenarbeiten geübtes, vielseitig erfahrenes Mitglied aus der Kommission übernahm die Leitung. Die Gruppe bildete von Anfang an eine eifrige, fröhliche Gemeinschaft. Alle Arbeit wurde arbeitsteilig gemacht, und es ergab sich schnell eine Art von Spezialistentum, zum Beispiel richteten Buchstabenstickerinnen, deren Kenntnisse nicht verwendet werden konnten, sich auf Trennen ein. Noch brauchbare Stücke wurden inhand gesetzt, ein großer Teil der Sachen ließ sich nur bei völliger Umarbeitung für Kinderkleidung verwerten. Wieviel Trennen und Reinigen, welche Kunst des Zuschneidens und Verarbeitens gehörte oft dazu, um aus scheinbar wertlosem Brauchbares neu zu schaffen. Nicht zuletzt Zeit und Hefterwille. Beides war vorhanden. Die Zeit durfte aufgewendet werden, denn freiwilliger Arbeitsdienst übernimmt Arbeit, die nicht rentabel ist für den Unternehmer. Der wahre Helferwille machte unsere Mitglieder erfindungsreich. Manche tragen, manches Band wurde aus eigener Schieblade herausgefrant, um die Mädchenkleider noch zu garnieren, „damit die Kinder sich freuen“. Viele hundert Mädchen und Knabenmäntel, Hüfen, Jacken und Kleider sind neu entstanden. Gute Kameradschaft und Humor in der Arbeitsstube haben den schweren Winter für manches Mitglied zu einer freundlichen Zeit gemacht, deren es dankbar gedenkt.

Neben den freiwilligen Arbeitsdienst I — wie er sich nannte — trat auf Wunsch der Berliner Winterhilfe im Februar eine zweite Arbeitsdienstgruppe von ebenfalls 20 Mitgliedern, denn die Arbeit unserer Heimarbeiterinnen fand so viel Anerkennung, daß sie in wachsendem Umfange

von den Bezirksämtern begehrt wurde. Das Landesarbeitsamt verlängerte auch dieser zweiten Gruppe die Arbeitszeit auf die Höchstdauer von 20 Wochen; sie ist noch tätig.

Daß die Arbeit des Gewerksvereins der Heimarbeiterinnen gewertet wird, beweist ein Brief des Vorstandes der Berliner Winterhilfe, aus dem folgendes hier abgedruckt sei: „Von den verschiedenen Bezirks-Winterhilfen ist uns immer wieder mit großer Freude davon berichtet worden, daß Kleider Spenden aus den Sammlungen, vielfach auf das höchste reparaturbedürftig und unbrauchbar, durch die außerordentlich geschickte und gute Arbeit des Gewerksvereins zu durchaus brauchbaren und dauerhaften Kleidungsstücken umgestaltet worden sind. Durch diese sorgfältige Arbeit ist die Berliner Winterhilfe in der Lage gewesen, ihre sonstigen Unterstützungen für die nockleidende Bevölkerung durch wertvolle Kleidergaben zu ergänzen.“

Berlin-Nord. Auf Beschluß des Gruppenvorstandes finden die Vorstandssitzungen seit Mai dieses Jahres am Freitag vor der Versammlung statt. Anträge oder Wünsche an den Gruppenvorstand sind deshalb bis zu diesem Tage zu stellen und an die erste Vorsitzende, Frau Thiele, oder an eins der Vorstandsmitglieder zu richten. Vor der Versammlung, die um 8 Uhr beginnt, ist ebenfalls auf Beschluß des Vorstandes von 7—8 Uhr eine Sprechstunde eingeführt. Bisher wurden Auskünfte auf Einzelfragen in der Versammlung erteilt. Daraus haben sich mancherlei Unzuträglichkeiten ergeben. Sehr oft ist in der Versammlung keine Zeit gewesen, um solche Fragen mit der nötigen Sorgfalt zu beantworten und wichtige Einzelheiten festzustellen. Der Vorstand hofft, durch diese Sprechstunde dem abzuwehren. Fragen, die für alle Mitglieder Interesse haben, werden dann selbstverständlich in der Versammlung zur Debatte gestellt. Der Vorstand hat auf Wunsch von Mitgliedern zweierlei Flugblätter vorrätig, die Frau Sittenfeld zu jeder Versammlung mitbringt und auf Verlangen den Mitgliedern aushändigt. Sie sollen den Mitgliedern die Werbearbeit erleichtern. Die Bekanntmachung über die Gruppenausflüge finden die Mitglieder in einer besonderen Beilage zur „Heimarbeiterin“. Vor unseren Versammlungen sind bis jetzt zweimal an die Mitglieder, die zur Versammlung kamen, Flugblätter der R.G.D. — das ist die rote Gewerkschaftsopposition — verteilt, in denen der Gewerksverein angegriffen ist. Das erstemal ist der Inhalt in der Versammlung besprochen worden, das zweitemal haben die Mitglieder beschlossen, über das Flugblatt zur Tagesordnung überzugehen. Der Zweck dieser Verteilung ist durchsichtig genug. Man scheint den mitleidvollen Weg, Heimarbeiterinnen einzeln zu gewinnen. Daß das nicht so einfach ist, geben wir gern aus Erfahrung zu. Um so mehr sind wir stolz darauf, daß unsere Gruppe stetig wächst. Jede Vierteljahresabrechnung von 1931 und 1932 beweist das. Man hofft wohl, einen großen Fischfang auf einmal zu tun. Die R.G.D. irrt sich. Aus lauen Mitläufern werden durch solche Angriffe bewußte Mitarbeiterinnen. Dafür liegen Beweise bereits vor. Das ist nicht zum Schaden, das ist zum Segen unserer Gruppe und unserer Bewegung. Wir wollen alle Heimarbeiterinnen zusammenschließen, die ihrer Bestimmung nach in eine christlich-nationale Gewerkschaft hineingehören, und die bereit sind, mit uns zum Wohle der Heimarbeiterinnen zu arbeiten.

Von Ferien und Wandertagen.

Bad Selters in Oberhessen.

Einem herzlichen Gruß aus dem schönen Hessenland! Es ist doch etwas Herrliches um unsere deutsche Heimat in diesem Frühlingszauber. In all diesem Blüten und Wachsen kann es wohl nirgends schöner sein als in unserm deutschen Vaterlande, dem man nur von ganzer Seele leichtere und bessere Zeiten wünscht.

Bei aller Pracht und Schönheit in der Natur sieht man hier im Aehren Berg- und Sighbad Selters manden leiden- den und franken Menschen. Einen jeden wickelt und wackelt es irgendwo — sonst war man wohl dabeiin geblieben und sparte die Groschen, wenn auch die Babebewaltung erhebliche Rücksicht auf den so schmal gewordenen Beutel genommen hat. Der Aurgaste sind nur wenige bis jetzt, alles ist auf Stille und Erholung eingestellt, in der Ferne hört man ab und zu eine Autogasse, das Knattern eines Motorrades, gemächlich und langsam fährt einige Male am Tag die Verbindungsbahn Stockholm—Gedern durchs stille Wiesen-

tal, aber sonst ist alles Ruhe, Wald und tiefter Frieden. Manchen heftigen Wandmann, manche Bauersfrau sehe ich zum Brunnen und ins Badhaus gehen, gilt doch der Quell hier unter der Bevölkerung als ganz besonders heilkräftig und stark. Leider gibt es hier keinerlei Tracht mehr, sogar beim Kirchgang, bei dem man noch am ehesten etwas von den alten Gebräuchen sieht, war alles städtisch gekleidet. Schade!

Steht man darin hier nichts Charakteristisches, so gibt es im benachbarten Wädlingen, diesem schmutzen alten Städtchen, um so mehr aus der Vergangenheit zu schauen. Wädlingen mit seinem herrlichen, alten Schloß, dessen älteste Mauern aus dem 11. Jahrhundert stammen, bietet eine solche Uebersicht reizvoller Bilder, daß es sich getrost dem berühmten Rotenburg o. d. Tauber an die Seite stellen kann. Das gewaltige, rundgebauete Schloß mit seinen malerischen, mächtigen Türmen und Erkern, seinem alten Brunnen im Schloßhof, liegt in einem ganz verträumten, städtischen Park. Ein alter Belscher, von Mummeln und Schill umwachsen, murmelnde Quellen unter moosigen Steinen, riesige Blutbuchen und Eichen, die Schatten und Kühle spenden. Entzückend auch die alte Stadtkammer, von Wasser umgeben, mit ihren Stegen und Brücken, immer neue reizvolle Bilder tauchen auf! —

Für einen Norddeutschen total unverständlich ist der hier gesprochene Dialekt, ich kann es mir nicht versagen, zum Schluß dieser Zeilen zwei kleine Proben davon zu geben. Den Frankfurter und Larmstädter Lesern wird er ja natürlich vertraut sein.

1.
Wärmche nimmt sei Schärmche
Unters Kermche, steigt uff Lärmche,
Nimmt e Stärmche, werf's Wärmche
Mit sei'm Schärmche unterm Kermche,
Dum Lärmche!

2.
Wenn der Schepfer (Schlingel)
Unsern Schepfer,
Noch emal Schepfer schennt (schimpft),
Schennt unser Schepfer
Einen Schepfer, solang Schepfer,
Bis der Schepfer unsern Schepfer
Nur mehr Schepfer schennt.

Mit diesen zwei drohigen heftigen Sprüchlein schloße ich meinen herzlichen Gruß aus dem schönen Oberessen.
G. Friederici, Frankfurt a. M.

Ein Ferientag.

Witten in der Woche reisen, das war für unsere Stuttgarter Heimarbeiterinnen etwas fremdes. Wenn man auch finanziell sich die Sache überlege, so konnte man sich's um der Arbeit willen schon erlauben, denn schon seit zwei Jahren haben hier fast alle Kurzarbeit. Viele unserer Mitglieder bekommen schon wochenlang nur für einen oder zwei Tage Arbeit mit.

So trafen sich am Mittwoch, dem 8. Juni, 18 Stuttgarter Heimarbeiterinnen auf dem Hauptbahnhof, um der Einladung von Frau Pfarrer Daimelhuber zu folgen und die Ludwigsburger Ortsgruppe zu besuchen. Nach einer halben Stunde Bahnfahrt war das Ziel erreicht und eine stattliche Anzahl Ludwigsburger Heimarbeiterinnen erwarteten uns schon auf dem Bahnhof. Das war ein herzliches Freuen und Begrüßen, denn heute kann man sich wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht mehr so oft treffen wie früher.

Unsere Ludwigsburger Vorstehende, Frau Pfarrer Daimelhuber, übernahm die Führung. Vom Bahnhof ging's am Schillerdenkmal vorbei zum Arsenalplatz. Ludwigsburg war ja vor 1918 der größte Truppenstandort des Landes, das „Schwäbische Potsdam“. So hatten wir auch gleich die große Arsenalkaserne vor uns und daneben das Zeughaus. Durch die Wilhelmstraße kamen wir am Schillerhaus vorbei, wo Schiller mit seiner Frau gewohnt hat. Dann sahen wir hintereinander das Geburtshaus der Dichterin Morike, Friedrich Katter und Justinus Kerner und des Westfälers Fr. Biber. So viel miteinander verwirzte uns fast Ludwigsburg ist mit Recht stolz auf seine Dichter und Denker. Dann ging es zum Schloß. 1703 stand dort ein einsamer Hof, der Erlachhof, den der Herzog Eberhard Ludwig als Hofsteigequartier beim Jagen benutzte. Später baute er

an die Stelle des Erlachhofs für seine Geliebte, die Freilin von Grävenitz, das Ludwigsburger Schloß. Es ist vom Baumeister Frisoni gebaut und eins der schönsten Schlösser Deutschlands. Nach einigen Jahren verlegte der Herzog die Residenz von Stuttgart nach Ludwigsburg und ließ für die Grävenitz das Schwäbischen Favorite errichten. Schönheit, Liebe, Macht, alles, was die bezaubernde Favoritin besessen, hält der behauene Stein für immer fest, aber auch überall hat der spottende Künstler verborgen die Figur der rächenden Zeit angebracht. Er hat Recht behalten. 20 Jahre lang hat die Grävenitz Herzog und Volk regiert um zuletzt, vom Herzog verlassen, in Neue und Schmach ihre letzten Jahre zuzubringen.

Der prunkliebende Herzog Karl verlegte 1764—1775 erneut Hof und Regierung nach Ludwigsburg und verhalf der Stadt durch rauschende Festlichkeiten zu einer Blütezeit, die ihr den Beinamen eines schwäbischen „Versailles“ eintrug. In dieser Glanzzeit weilte Schiller dort. Von 1775 ging die Stadt wieder zurück, bis sie König Friedrich zur Sommerresidenz erhob. Von hier aus erließ Napoleon I., der den König zur Gefolgschaft zwang, 1805 die Kriegserklärung an Oesterreich. Auch später weilte Napoleon wiederholt hier. 1815 hielten die verbündeten Kaiser Franz I. von Oesterreich und Alexander von Rußland ihren Einzug hier.

Wir hatten uns Ludwigsburg lange nicht so schön vorgestellt. Die Kastanienalleen sind wundervoll und eine davon erstreckt sich bis nach Kornwestheim. Hinter dem Schloß in den Anlagen wurde noch eine Aufnahme gemacht, die vielleicht in der Lichtbilderserie erscheinen wird. Hinter den Anlagen führte uns ein Pfad hinab zum ehemaligen Steinbruch, über dessen steiler Wand die künstliche Ruine Emisburg malerisch empvragt. Hinter dem Favoriten-Park ging es auf einem Sträßchen etwa 15 Minuten nach dem von Herzog Karl im französischen Stil erbauten Schloß Mon Repos, d. h. Meine Ruhe. Der 6 Hektar große See bietet Gelegenheit zu Kahnfahrten und bildet im Winter eine ideal schöne Eisbahn. Schade, daß es gerade hier etwas kühl wurde, sonst hätten wir wohl noch die herreitenden Kähne benützt.

Die Mitglieder, die müde waren, fuhren mit einem Omnibus nach Eglosheim, wir anderen gingen zu Fuß an blumigen Wiesen vorbei. Nach einer halben Stunde trafen wir uns im „Dirck“, dort war in einem Saal ein Tisch festlich weiß gedeckt und mit bunten Blumen geschmückt. Dankbar waren wir den Menschen, die uns diesen schönen Empfang bereitet hatten. Hunger und Durst hatten alle die Heimarbeiterinnen, die im „Dirck“ versammelt waren. Fast alle Ludwigsburger Heimarbeiterinnen durften wir um uns sehen, und wir freuten uns, daß sich die Ludwigsburger Gruppe trotz sehr großer Arbeitslosigkeit noch so gut hält. Es ist wohl zum größten Teil dem Geist, der von der drohenden Ausbeute zu verdanken, daß die Heimarbeiterinnen trotz Arbeitslosigkeit den Verein nicht missen mögen.

Wir haben den Ludwigsburgern herzlich gedankt, denn nur zu bald mußten wir Abschied nehmen. Alle Frauen, mit dem geküßelten Abschiedsküßchen aus der Frankischen Kassenfabrik an der Brust, verließen singend Eglosheim, und fast sind die Bewohner des Dorfes aus den Fenstern gefallen vor Staunen über die heiteren Frauen. Am Bahnhof in Ludwigsburg gab's ein herzliches Abschiednehmen.

Jeder Gruppe möchte ich solche Besuche und solche heitere Stunden gönnen. Man hat das Gefühl: „Hier sind Menschen, die zu uns gehören, die wie wir arbeiten und kämpfen, die mit uns gerade so unter den wirtschaftlichen Verhältnissen leiden, die aber auch mit uns froh sein wollen. Möge überall dieses Zusammengehörigkeitsgefühl erwacht und gepflegt werden zum Wohle der Heimarbeiterinnen.“
Emilie Reichle.

Nachtrag zum Versammlungsanzeiger.

Berlin-Zempelhofer, 5. Juli, 2. August, nachmittags 4 Uhr: Kaffeegarten Marienhöhe, Schönberger Straße.
Magdeburg, 13. Juli, 10. August, 14. September, Breiter Weg 188, Haus 4: Wirtschaftshilfe.

Inhalt: Dein Platz, Mitchell und Mitverantwortung, Die neue Rotationsordnung, Wogel's Wandschau, Verlangens der Arbeitslosenversicherung der Heimarbeiterinnen, Lohnsteuerfreie Beiträge, Das Wirtschaftshilfe im Juli, Wogel's Forum, Was unserer Bewegung: Wanderschaft Berlin, Berlin-Roth, Von Berlin und Wanderschaften, Das Leben in Oberessen, Ein Ferientag, Nachtrag zum Versammlungsanzeiger.